

Am 25. November kommen eine Vorlage auf städtischer und drei auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 plus die EVP um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Städtische Vorlage

1) Gewährung von Baurechten für die Realisierung eines Fussballstadions, von gemeinnützigem Wohnungsbau und zwei Hochhäusern auf dem Areal Hardturm, Übertragung von zwei Grundstücken ins Verwaltungsvermögen, Objektkredit von 50,15823 Millionen Franken und Einnahmeverzicht von jährlich 1,72666 Millionen Franken. (Hardturmstadion, Projekt «Ensemble»)

Eidgenössische Vorlagen

1) Volksinitiative vom 23. März 2016 «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)».
 2) Volksinitiative vom 12. August 2016 «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)».
 3) Änderung vom 16. März 2018 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten).



SP
Sarah
Breitenstein,
Gemeinderätin

Städtische Vorlage

1) **Nein.** Das Stadion ist für die Stadt nicht gratis, da mit diesem Projekt auf Einnahmen aus dem Baurechtszins verzichtet wird und beim Heimfall eine hohe Entschädigung fällig wird. Insgesamt wären dies über eine Milliarde Franken! Die CS würde mit der Vermietung der Wohnungen in den Türmen eine übermässige Rendite erzielen, welche gemäss Bundesgericht unzulässig ist. Dies auf städtischem Land. Rekurse, die den Bau des Stadions verzögern, sind zu befürchten. Die SP stellt mit ihrer Initiative eine Alternative für ein transparent finanziertes Fussballstadion zur Verfügung.

Eidgenössische Vorlagen

1) **Ja.**
 2) **Nein.** Diese Initiative fordert, dass nationales Recht über Völkerrecht gestellt wird. Dadurch werden die internationalen Menschenrechte gefährdet, insbesondere die EMRK. Diese hat auch für Schweizer*innen wichtige Errungenschaften gebracht, zum Beispiel das Frauenstimmrecht. Gerade in den heutigen Zeiten, in denen andere Länder den internationalen Menschenrechtsschutz untergraben, ist ein starkes Bekenntnis der Schweiz zum Menschenrechtsschutz wichtiger denn je.
 3) **Nein.** Mit dieser neuen gesetzlichen Grundlage sollen alle Sozialversicherungen die Möglichkeit erhalten, ohne richterliche Genehmigung weitgehende Überwachungsmaßnahmen zu beschliessen, die in die Grundrechte der Versicherten eingreifen. Damit kommen den Versicherungen weitgehendere Kompetenzen zu als der Polizei. Während Steuerbetrüger*innen mit Samthandschuhen angefasst werden, findet eine Kriminalisierung aller Versicherten statt. Versicherungsmissbrauch soll bekämpft werden, die neu geschaffene gesetzliche Grundlage ist in der heutigen Form aber schlicht unverhältnismässig.



SVP
Johann Widmer,
Unternehmer

Städtische Vorlage

1) **Ja,** auch wenn wir als Höngger die zwei Türme als viel zu hoch empfinden, ist es doch die bis heute beste Lösung für ein Fussballstadion. Ein ausgewogeneres Projekt wird es so rasch nicht mehr geben. Jedes Projekt wird Vor- und Nachteile haben. Aber das, was die linke Nationalrätin und Chefstrategin der Zürcher SP kürzlich als Fussballstadion-Initiative lanciert hat, entlarvt sich selbst als linke Dummheit – mit einem Ja am 25. November leistet man dieser Idee wenigstens keinen Vorschub.

Eidgenössische Vorlagen

1) **Nein,** mit Verlaub, aber so ein Anliegen gehört nicht in die Verfassung.
 2) **Ja.** Stoppen wir endlich die linken politischen Eliten, die linken Manager der Grossindustrie und die aus dem Ausland gesteuerten Libero-Aktivisten, die unsere Verfassung als ein populistisches Machwerk verunglimpfen, weil unsere Verfassung weltweit wohl eine der einzigen Verfassungen ist, die sich das Volk selbst gegeben hat. Bei einem Nein wären wir das einzige Land auf der Welt, das seine Verfassung internationalen Verträgen unterordnen würde. Unsere Gegner wünschen sich das, weil ihnen dies erlauben würde, mit uns und unseren demokratischen Rechten zu tun, was sie wollen – gute Nacht Schweiz! Die erwähnten Gegner lügen in den Debatten zur Initiative wie gedruckt und verunglimpfen uns Bürger und Stimmberechtigte als unfähig, dumm und als Pöbel. Diese arrogante Besserwisserei ist typisch für die Gegner des Schweizer Volkes. Glauben Sie den Lügenmärchen der Gegner nicht – schützen Sie unseren Wohlstand, Ihren Arbeitsplatz, Ihre AHV und unsere Direkte Demokratie mit einem Ja.
 3) **Ja,** weil damit nur unfaire und betrügerische Taten aufgedeckt werden. Sozialversicherungsbeitrag ist äusserst asozial.



FDP
Martina Zürcher-
Böni, Präsidentin
FDP 10, Ökonomin

Städtische Vorlage

1) **Stimmfreigabe.** Mit diesem Gesamtprojekt würden ein privat finanziertes Fussballstadion, zwei Hochhäuser mit 570 Wohnungen im mittleren Preissegment zur Finanzierung des Stadions sowie gemeinnützige Wohnungen gebaut. Die Delegierten der FDP Stadt Zürich stimmten der Vorlage zu. Da jedoch die Höhe der Wohntürme vor allem in Höngg zu grossen Diskussionen führt, hat die FDP 10 die Stimmfreigabe beschlossen. Für die FDP 10 ist hingegen klar, dass die Zahlenbeispiele des ablehnenden SP-Komitees völlig falsch sind.

Eidgenössische Vorlagen

1) **Nein.** Die Initiative verlangt einen finanziellen Anreiz für Kühe mit Hörnern. Da jedoch horntragende Tiere mehr Platz benötigen, kann die Initiative dazu führen, dass die Tiere nicht mehr in Freilaufställen gehalten werden, sondern aus Platzgründen in den Ställen wieder angebunden werden.
 2) **Nein.** Völkerrecht ist nicht fremdes Recht, sondern gemeinsames Recht. Die Schweiz ist nicht eine einsame Insel, sondern hat diverse Beziehungen zum Ausland. Würde die Initiative angenommen, müsste die Schweiz etliche internationale Verträge kündigen und neu aushandeln. Dabei wären wir vom jeweiligen Vertragspartner, sprich den anderen Ländern abhängig und könnten nicht wirklich selbst bestimmen.
 3) **Ja.** Die neuen Gesetzesartikel legen Regeln fest, wann Sozialversicherungen verdeckt beobachten dürfen: Nur bei konkreten Anhaltspunkten für unrechtmässige Leistungen und nur ausserhalb der Wohnung. Dass Betrüger unserer Sozialversicherungen überführt werden, hilft den ehrlichen Leistungsbezügern, nicht in einem Pauschalverdacht zu stehen.

Kommentieren Sie alle Artikel
online auf www.hoengger.ch



GLP
Armin Eberle,
Ökonom



Grüne
Kathy Steiner,
Kantonsrätin



AL
Judith Stofer
Kantonsrätin AL
Kreis 6 und 10



EVP
Claudia
Rabelbauer,
Gemeinderätin
Kitaleiterin

Städtische Vorlage

1) Ja, das Stadion entspricht einem langjährigen Bedürfnis, wird privat finanziert und ist die konsequente Strategie nach zwei gescheiterten Anläufen. Eine Finanzierung aus Steuermitteln wurde vom Stimmvolk in der letzten Befragung abgelehnt. Wir sind der Meinung, dass die jetzige Vorlage umgesetzt und Zürich endlich als letzte grössere Schweizer Stadt zu einem Fussballstadion kommen soll. Dies zu vernünftigen Konditionen und mit dem Gewinn von zusätzlichen Wohnraum, inklusive gemeinnützigen Wohnungen.

Eidgenössische Vorlagen

1) Ja zur Initiative, die das Tierwohl verbessern möchte. Sie wahrt die Wahlfreiheit der Halterinnen und Halter und kann ohne Erhöhung des Landwirtschaftsbudgets umgesetzt werden.

2) Nein, ganz klar, denn die Initiative tönt zwar harmlos, führt aber zu grosser Rechtsunsicherheit und setzt ohne Nutzen Stabilität für unser Land und unsere Wirtschaft aufs Spiel. Sie ist ein Angriff auf völkerrechtliche Verträge wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Die Initiative führt dazu, dass die Schweiz regelmässig Verträge brechen oder kündigen muss. Die Souveränität oder Selbstbestimmung, die die Initiative verspricht, entpuppt sich als Selbstbeschädigung und Selbstbeschränkung.

3) Nein. Wie die meisten, ist auch die glp gegen Sozialmissbrauch und befürwortet Massnahmen, um Betrüger aufzudecken. Leider ist der vorliegende Gesetzesentwurf sehr unsorgfältig gemacht und lässt viel zu viele Fragen offen. Wir möchten verhindern, dass Private ausufernde Bespitzelungsrechte erhalten und deshalb die Vorlage nochmals zur Überarbeitung zurückschicken.

Städtische Vorlage

1) Nein. Das einstige Hardturmstadion wurde abgerissen mit der Absicht, dort wieder ein reines Fussballstadion zu erstellen. Das Wachstum des Kreis 5 verlief aber insgesamt nicht sozial- und umweltverträglich: Viele teure Wohnungen und Büros sind entstanden und Grünflächen verschwunden. Das vorgeschlagene Projekt entspricht keiner sinnvollen Stadtentwicklung.

Eidgenössische Vorlagen

1) Ja. Es ist falsch, wenn das Tier dem Stall angepasst wird und nicht umgekehrt. Die Arbeit mit behorneten Tieren ist aufwändiger und es entstehen Mehrkosten beim Stallbau: Tiere mit Hörnern brauchen einen breiteren Fress- und Liegeplatz. Auch der Laufbereich im Stall muss so gestaltet sein, dass die Tiere ausweichen können. Die Grünen befürworten deshalb eine Förderung im Rahmen eines kleinen Beitrages.

2) Nein. Die Initiative torpediert fundamentale Errungenschaften unseres Landes: Die verfassungsmässig zugesicherten Grundrechte in der Schweiz. Sie gefährdet alle völkerrechtlichen Verträge und hat insbesondere zum Ziel, die Europäische Menschenrechtskonvention aufzukündigen. Dieser Angriff auf die Menschenrechte, die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit in der Schweiz muss verhindert werden.

3) Nein. Die Grünen stellen nicht in Frage, dass Versicherungsmissbrauch bekämpft werden muss. Die Verfolgung muss aber in den Händen der Justiz bleiben. Es ist inakzeptabel, jetzt den Versicherungen eine Vollmacht zur Überwachung zu geben. Von sich aus wollen sie Privatdetektive losschicken dürfen, um die Privatsphäre von Versicherten zu überwachen – wofür bei Kriminellen sogar die Polizei eine richterliche Genehmigung braucht. Das Risiko von Missbräuchen und Willkür durch die Versicherungen ist riesig, weil diese einzig ihr Eigeninteresse verfolgen.

Städtische Vorlage

1) Stimmfreigabe. Das Stadionprojekt wird in der AL kontrovers diskutiert. Die Befürworter*innen sind überzeugt, dass mit dem Projekt «Ensemble» ein Fussballstadion in greifbare Nähe rückt und 174 gemeinnützige Wohnungen entstehen. Die Gegenseite kritisiert das Modell einer Public-Private-Partnership. Alle Gewinne verbleiben in privater Hand, die jährlich anfallenden Kosten trägt die städtische Bevölkerung. Die beiden überdimensionierten Wolkenkratzer mit Luxuswohnungen sprengen zudem alle Dimensionen und verhandeln das Stadtbild. Obwohl ich Fussball-Fan bin, sage ich Nein zum vorliegenden Projekt.

Eidgenössische Vorlagen

1) Ja. Kühe mit oder ohne Hörner? Für die AL keine Frage: Es ist nicht mehr als Respekt gegenüber wertvollen Nutztieren, dass wir Kühen ihre Hörner lassen.

2) Nein. Die «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP will den Vorrang von Landesrecht vor Völkerrecht in der Verfassung verankern. Wenn in Zukunft immer Landesrecht vorgeht, muss die Schweiz die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) kündigen. Weil ich die EMRK und die damit verankerten Grundrechte sehr schätze (ohne diese hätten wir Frauen das Wahl- und Stimmrecht wahrscheinlich auch heute noch nicht), sage ich Nein zur SVP-Initiative.

3) Nein. Mit dem neuen Gesetz können von Versicherungen und Krankenkassen beauftragte Privatdetektive ohne richterlichen Beschluss Überwachungen einleiten. Sie dürfen Drohnen losschicken und Foto-, Film- und Tonaufnahmen von frei einsehbaren privaten Orten, wie beispielsweise Gärten und Balkone, machen. Mit dem neuen, schludrig verfassten und im Eilzugstempo durchgeboxten Gesetz haben private Spione das Recht, Versicherte zu überwachen, ja sogar Fahrzeugen mit GPS-Trackern nachzuspionieren.

Städtische Vorlage

1) Ja. Mit dem Projekt «Ensemble» bekommt die Stadt Zürich ein richtiges und privat finanziertes Fussballstadion sowie 250 gemeinnützige Wohnungen. Trotz Widerstand gegen die beiden Wohnhochhäuser gewichtet die Mehrheit der EVP den Gewinn des vorliegenden Projekts als höher.

Eidgenössische Vorlagen

1) Ja. Das Horn gehört zur Kuh. Es ist ein stark durchblutetes Organ, mit dem Verdauungssystem verbunden, wichtig für die Körperpflege und dient der Kommunikation unter den Tieren. Die Haltung behorneter Tiere ist jedoch teuer und dieser Mehraufwand soll fair entschädigt werden, ohne das Landwirtschaftsbudget zu erhöhen.

2) Nein. Die Selbstbestimmungsinitiative klingt verlockend, birgt jedoch juristische Pferdefüsse. Das Schweizer Stimmvolk hat dem bilateralen Weg zugestimmt, dieser würde durch die Initiative in Frage gestellt. Diese Rechtsunsicherheit schadet dem Wirtschaftsstandort Schweiz. Die direktdemokratische Mitsprache bei völkerrechtlichen Verträgen ist heute schon sichergestellt.

3) Stimmfreigabe. Dafür spricht, dass eine Ahndung von Versicherungsbetrug Menschen, die effektiv Anspruch haben, vor Generalverdacht schützt und vor Missbrauch abschreckt. Versicherungen setzen Observationen nur in begründeten Verdachtsmomenten sehr zurückhaltend ein. Gegen die Vorlage spricht, dass das Gesetz weitergeht als die bisherige Praxis. Eine mögliche Überwachung löst Ängste bei Leistungsbezügern aus.

3026

Textbeiträge und somit
immer das Neuste
aus Höngg:
www.hoengger.ch